Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juni/Juli 2014 *64. Jahrgang, Nr. 740/741*

Der 17. Juni bleibt ein wichtiges Datum für das Gedenken an Widerstand und Opfer

Kranzniederlegung und Mahnveranstaltungen unter VOS-Beteiligung in vielen Städten Deutschlands

Wie in jedem Jahr stand auch diesmal am 17. Juni das Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 auf dem Programm der Politiker und der VOS-Mitglieder. In Städten wie Berlin und Arnstadt, aber auch in den Alten Bundesländern, wo die Ehrung der Opfer und der mutigen Widerständler inzwischen zur Tradition geworden ist, wurden Kränze und Sträuße an Gedenksteinen niedergelegt.

Auch nach nunmehr 61 Jahren ist die Erinnerung an das damals bereits gefasste Ziel, die Diktatur zu stürzen und die deutsche Einheit wiederherzustellen, nicht verblasst. Hätte es die sowjetischen Panzer nicht gegeben, wären viele Opfer und schwere Schicksale nicht notwendig gewesen. Die Geschichte Europas wäre vermutlich anders verlaufen.

Doch auch so weiß man heute zu würdigen, welchen Wert die Überwindung der Teilung und die Herstellung der Einheit unseres Landes darstellt. Das geeinte, demokratisch regierte Deutschland und die Befreiung von der sowjetischen Besatzung sind Errungenschaften, die für uns alle von unschätzbarer Bedeutung bleiben und die wir nicht aufs Spiel setzen dürfen.

Nach wie vor haben wir aber auch die Bilder vor Augen, die uns die blutige Niederschlagung des Studentenaufstandes in China vor 25 Jahren vor Augen führen. So mächtig und unwiderstehlich die bald darauf folgenden Massenkundgebungen in der inzwischen verschwundenen DDR dann waren, konnte doch niemand sicher sein, dass die Panzer mit dem roten Sowjetstern nicht doch wieder losrollen und auch hier die Demonstrierenden bedrohen und zurückdrängen. Das, was in China geschah, zeigt einmal mehr, wozu kommunistische oder sonstige radikale Parteidiktaturen fähig sind. Zu der von der VOS am Berliner Steinplatz organisierten Gedenkveranstaltung kamen mit dem Bürgermeister von Wilmersdorf- Charlottenburg Reinhard Naumann und der Vorsteherin der BVV Judith Stückler, dem CDU-Bundestagsabgeordneter Kai Wegner sowie dem Vertreter des Abgeordnetenhauses von Berlin Joachim Krüger (CDU) wiederum wichtige Politiker.

De VOS wurde durch ihren Bundesvorsitzenden Rainer Wagner vertreten, für die UOKG nahm Dr. Christian Fuchs an der Veranstaltung teil. Erfreulich und wichtig war die Teilnahme zweier Zeitzeugen des Aufstandes. So konnte man die Kameraden Klaus Gronau und Horst Hertel aus Berlin begrüßen.

Hugo Diederich

Anm.: Bitte beachten Sie im Innenteil dieser Fg den Bericht über Horst Hertel, der 1953 verurteilt wurde.

Opferrente – erstmals konkrete Offerten

VOS-Vorstand fordert jedoch weitere Verbesserungen und tritt in Verhandlungen

Wie im Koalitionsprogramm der Regierung beschlossen, werden (leider erst) ab Januar 2015 Änderungen an der Besonderen Zuwendung wirksam. Dies legt ein im Juni herausgegebener Gesetzentwurf fest. Wesentliches Element ist die Erhöhung der monatlichen Zahlung von bisher 250 auf nunmehr 300 Euro. Damit wird sieben Jahre nach der Gewährung der Zahlung erstmals eine Zulage gewährt.

Weitere positive Änderungen sind nicht erkennbar. Insbesondere fehlen Ansätze zur Aufhebung der sogenannten Sechsmonatsklausel, durch die erkennbar Benachteiligungen von Betroffenen geschaffen werden, die, obzwar kürzer inhaftiert, trotzdem nicht minder als andere ehemalige politische Häftlinge beeinträchtigt sind.

Nicht ganz verständlich sind die im Papier enthaltenen Aussagen über die (Nicht)Vererbbarkeit des Zahlungsanspruchs.

Seitens des Bundesvorstandes sind die genannten Defizite erkannt und formuliert worden. Es wurde bereits vereinbart, mit Regierungsvertretern in Verhandlungen zu treten, um unsere Forderungen und Argumente nochmals konkret vorzutragen. Dabei wäre auch denkbar, höhere Haftentschädigungen und eine Rückdatierung der Erhöhung des Monatsbetrages auf den 1. Juli 2014 zu erwirken. *A.R.*

Auf ein Wort des Redakteurs

Ich möchte diese persönliche Seite diesmal zunächst dafür nutzen, um allen Kameradinnen und Kameraden mitzuteilen, dass sich nun doch etwas bei der Verbesserung der Opferrente bewegt. Den zahlreichen Gerüchten, die wir teils auch in der Fg wiedergegeben haben, folgte jetzt eine Information des Bundesvorstandes, der zufolge ab Januar 2015 eine Erhöhung – leider nicht rückwirkend zum Juli 2014 - vorgesehen ist. Von Verbesserungen bei den Bedingungen ihrer Gewährung, ist nicht ersichtlich.

Dass es nun zu diesem „Mindesterfolg“ gekommen ist, ist zum einen den Bemühungen des Bundesvorsitzenden Rainer Wagner zu verdanken, der zugleich seine Präsenz als UOKG-Vorsitzender in die Waagschale werfen konnte, zum anderen jedoch haben wir alle seit Jahren weitere Verbesserungen sowohl in unserer Freiheitsglocke wie auch bei Zusammenkünften in den Gruppen und als Gesamtverband angemahnt. Immer wieder auch haben sich einzelne Betroffene ein Herz gefasst und selbst an den Bundestag oder an ausgesuchte Abgeordnete geschrieben. All denen sollten wir danken, wobei ich ganz speziell unseren Kameraden Heinz Richter, inzwischen 93 Jahre, erwähnen möchte, der trotz gesundheitlicher Probleme mit alter geistiger Frische für unsere Interessen eingetreten ist. Heinz Richter hat noch im Mai mit dem Bundesministerium für Justiz telefoniert, um sich nach den Aussichten für eine Erhöhung der Opferrente zu erkundigen. Zwischenzeitlich erhielt er ein Schreiben, in dem eine Erhöhung um 50 Euro zugesagt wird.

Für uns bleibt abzuwarten, welche Entscheidung die Regierungskoalition nun endgültig trifft und ob ein Gespräch, das der Bundesvorsitzende im September mit dem Ministerium führt, unsere Position nicht weiter ausbauen kann, denn mit einer Erhöhung der Opferrente um 50 Euro ist das „Ende der Fahnenstange“ wahrlich nicht erreicht. Wir können uns zwar freuen, aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen, denn es gibt hier reichlich Handlungsbedarf.

Inzwischen sind die meisten von uns Rentner oder stehen kurz vor dem Renteneintritt. Das ist heutzutage leider kein unbedingter Grund zum Jubeln mehr, denn die Rentensituation im Lande wird im Allgemeinen nicht besser. Die ab Juli in Kraft tretende Rentenerhöhung mag sicher für die hoch eingestuften Rentenempfänger eine spürbare Einkommenserhöhung darstellen, aber in den unteren Rentenklassen wirkt sie sich nur geringfügig aus. Es ist es nun mal nicht dasselbe, ob man – wie viele ehemalige Staatsbedienstete der DDR, aber auch wie angesehene Manager – auf ein vorhandenes hohes Renteneinkommen eine Erhöhung von zwei Prozent bekommt oder ob man sechshundert Euro bezieht. Die Opferrente ist eine finanzielle Leistung, die für alle gleich hoch ausfällt, und die manches Defizit ausgleichen kann (und soll). Aber es ist wichtig, dass sie sich an den Realitäten orientiert und in festen Abständen erhöht wird und nicht auf ewig als Betrag festgeschrieben ist und dass sie allen zugutekommt, die aus politischen Gründen in der DDR oder der SBZ inhaftiert waren.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass unser Verband bei der Erlangung der „Besonderen Zuwendung“ grundsätzlich eine wichtige Rolle gespielt hat und dass wir auch bei den Nachverhandlungen unentbehrlich gewesen sind. So war es noch vor der Einführung der Euro-Währung, dass Kamerad Harald Hemmerling mit einem selbst gegründeten Arbeitskreis zu einer kompakten Spendenaktion aufgerufen hat, der viele von uns gefolgt sind. Damals war geplant, den Weg einer langfristigen Klage einzuschlagen, um unsere Ansprüche mit juristischen Mitteln durchzusetzen. Dies wurde nicht mehr notwendig, da sich nach einem Regierungswechsel die Politik auf unsere Seite schlug.

Dies zum einen. Aus meiner Sicht sind danach weitere Möglichkeiten bei Verhandlungen und Forderungen leider niemals in Betracht gezogen worden. So hätte man mit mehr Nachdruck vor allem auf eine höhere Haftentschädigung hinarbeiten können. Das ist versäumt worden, wäre aber heute noch durchsetzbar. Auf diese Weise wären jene Kameradinnen und Kameraden besser gestellt worden, die längere Zeit in der Haft waren. Auch Steuervergünstigungen oder günstige Kredite hätte man fordern können. Dies ist nicht geschehen, obwohl wir damals in den offiziell geführten Gesprächen mit den Fraktionsbeauftragten der Parteien auf einem guten Weg waren. Die Gespräche sind in der damaligen Form leider nicht fortgesetzt worden.

Inzwischen ist auch das Thema Zwangsarbeit in den Haftanstalten des sozialistischen Systems weiter diskutiert worden. Die vorgelegte Studie von Dr. Sachse von der UOKG ist ein weiterer Schritt zur Aufarbeitung. Der hierzu von Vera Lengsfeld angeregte Runde Tisch könnte uns weiter voranbringen. Er könnte insonderheit dazu beitragen, entstandene Fehlinterpretationen, die durch ungenaue wissenschaftliche Bewertungen entstanden sind, zu korrigieren. In dieser Sache sind an allererster Stelle die Zeitzeugen gefragt, denn nur sie wissen, welche Bedingungen in den frühkapitalistisch anmutenden „Produktionsstätten“ herrschten, wie ihre Knochenarbeit „vergütet“ wurde und wie sie von Wachleuten und dem Zivilpersonal traktiert wurden.

Wer immer sich eine Einschätzung anmaßt, die sich allein auf die Dokumente der Diktatur stützt, kann zu keiner wahrheitsbezogenen Aussage gelangen. Er behindert lediglich die Aufarbeitung und verletzt die Gefühle und Erfahrungen der Opfer. Letztlich wird er sich selbst unglaubwürdig machen, denn so schwach und desillusioniert sind wir ehemaligen Häftlinge und Zwangsarbeiter des sozialistischen Strafvollzugs denn doch nicht, als dass wir uns Falschdarstellungen und Rechthabereien gefallen lassen werden.

Bis zu dieser nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten

Titelseite
Ein Stück wichtigster Geschichte, das nicht vergessen werden darf:
Der Volksaufstand vom Juni 1953

Endlich konkrete Planungen
Die Opferrente soll um 50 Euro

Redaktionsthema
Opferrente, Zwangsarbeit und die VOS 2

Das Wort hat der Bundesvorsitzende
Wenn die VOS nicht aktiv wird, wer dann?
Wo wir stehen, was wir tun müssen und was uns erwartet 4 – 5

Albträume und andere Schäden
Erfahrungsaustausch über Haftfolgesyndrome 5

Die Schäden sind nicht die gleichen
Über die Auswirkung der Haftlänge 5

Beitragszahlung muss sein 5

Verdopplung der Opferrente wäre den Schäden angemessen
VOS NRW mit Petition an den Bundestag 6

Die Liste der Widerständler ist lang
Sind Petitionen unserer würdig? 7

Ministerpräsidenten über Unrecht aufgeklärt
Auch jüngere VOSler sind nun gefordert 8

Freiheitsbekenntnis gilt gerade jetzt
Es geht auch um Zivilcourage 8

Verurteilung war in 1954 nach Artikel 6
Noch mal zu Rolf Starke 8

Es geht um mehr als nur die Opferrente
Aufklärung, Aufarbeitung, Aufzeigen 9

Was unaufgeklärt ist, darf deshalb nicht unter den Tisch fallen
Über Schuld, Mitschuld und Umfang der Häftlingszwangsarbeit zu SED-Zeiten 10

Wir erwarten 700 Euro als Ehrenpension
Der Bundesvorsitzende der VOS konfrontiert die Politik mit einer ganz klaren Ansage 11

Die Überlebenden sind die Starken und die Wegweiser für uns alle
Vom Treffen der Workuta-Häftlinge in Karlsruhe 11

Als 17-Jähriger acht Jahre in den Knast
Zeitzeuge Horst Hertel wurde für Beteiligung am Volksaufstand bitter bestraft 12

Von Erich Loest beeinflusst und beeindruckt
Ein Vortrag über den Schriftsteller 13

Starrsinn und Selbstherrlichkeit
Vor 20 Jahren starb SED-Chef Honecker 14

Ein Fußball-Gruß der DDR-Bauarbeiter
Vor 40 Jahren besiegte die DDR die „BRD“ 14

Die Erinnerung immer wachhalten!
Heinz Unruh gestorben 15

Gusseisen aus China an die Wupper
Friedrich Engels soll Umsatz steigern 15

Personalien der VOS nach der 30. GV 16

Briefe, Termine, Hinweise, Nachrufe 4 - 15
Impressum, Adressen, Hinweise 16

Beitragszahlungen!

Aufruf an die Kameradinnen und Kameraden

Für das Kalenderjahr 2014 haben noch immer nicht alle Mitglieder ihren Jahresbeitrag entrichtet. Daher nochmals der Hinweis: Der VOS-Jahresbeitrag ist **nicht** an die neuen Landesverbände abzuführen (Ausnahme Land Brandenburg)! Die Landesverbände haben aber auch nicht das Recht, die Mitglieder aufzufordern, das Geld auf ihre Konten zu überweisen. Der Jahresbeitrag ist in vorgeschriebener Höhe an **die Bundesgeschäftsstelle** abzuführen. Kontonummer auf der Rückseite jeder Freiheitsglocke. Jedes VOS-Mitglied sollte sich im Klaren darüber sein, dass es durch eine bewusst vorgenommene falsche Überweisung die Mitgliedschaft in der VOS und den Bezug der Freiheitsglocke verliert!

Der Bundesvorstand

Das Zitat:
Jeder Fehler erscheint unglaublich dumm, wenn andere ihn begehen
Georg Christoph Lichtenberg

Zeitzeugenarbeit in Sachsen:

Die Bezirksgruppe Leipzig führt gemeinsam mit dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig (Träger des Nationalpreises 2014) ein Zeitzeugenprojekt durch.
Daran beteiligen sich Kameradinnen und Kameraden aus Leipzig, Wurzen u. Chemnitz.
Wer noch Interesse hat und sich mit daran zu beteiligen möchte, bitte melden bei
Frank Nemetz, Tel. 034293 33184,
Mail: f.nemetz@vos-ev.de

Bezirksgruppe Leipzig Frank Nemetz

Spendenbereitschaft zugenommen

Lothar Geigenmüller, Helmut Günther, Hans-Jürgen Jennerjahn, Alfred Ullmann, Rudolf Tantz, Frank Dickmann, Horst Radigk, Alexander Wörner, Helga Hundertmark, Karl-Heinz Fricke, Hans-Joachim Keferstein, Hans-Dieter Barthel, Sabine Trompler, Siegfried Päßler, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Dieter Jakob, Karl Pohl, Horst Menzel, Mario Ohly, Dr. Oswald Gürtler, Bruno Niedzwetzki, Hans-Joachim Erler, Herbert Söllner, Dr. Klaus Rintelen, Rolf Meinel, Werner Mieth, Barbara Große, Egon Seel, Peter Schneeweiß, Gerhard Steindorf, Hagen Herbst, Felicitas Rosentreter, Gottfried Walther, Gerhard Bohne, Wolfgang Seidel, Reinhard Golde, Hildegard Hutschenreuter, Gerhard Wendler, Günter Jäger, Bernd Günter, Gerd Franke, Gerd Ahnert, Günther Müller, Norbert Czenczek, Lutz Rathenow, Joachim Bergter, Günther Zausch, Erika Schellenbeck, Günther Nollau, Werner Modrow, Karl-Heinz Ulrich, Christine Liszewski, Roland Steinbach, Werner-Alban-Emil Friedrich, Klaus Bartholomay, Christa und Bernd Pieper, Eberhard Pohl, Christoph Melzer, Barbara und Harald Beständig, Gerhard Beins, Peter Schlegel, Hans-Joachim Hack, Ilona und Joachim Eser, Herta Lahne, Christoph Becke, Horst Badock, Klaus-Ludwig Goos, Heinz Richter, Helmut Günther.

Allen Spenderinnen und Spendern sei herzlich gedankt. Der Verband muss unbedingt überleben.

Haben wir denn alle vergessen, für was wir gelitten haben?

Ein offenes Wort des Bundesvorsitzenden zur Lage der VOS und zu den Erwartungen an die Kameradinnen und Kameraden

Liebe Kameradinnen und Kameraden, es geht eine gefährliche Lüge durch unser Land! Die Lüge von der Insolvenz der VOS. Dies Gerücht schüren nicht alte SED-Seilschaften, die uns schaden wollen, sondern fehlinformierte Kameraden aus unserer Mitte.

Es gibt diese Insolvenz nicht. Auch wenn die Behauptung immer wieder neu aufgebracht wird. Aber wenn wir in der VOS so weiter machen wie im letzten Jahr, sind wir wirklich am Ende, dann sind wir pleite.

Zudem stehen wir als ältester und größter kompakter Verband der Opfer des kommunistischen Regimes kurz davor, moralisch unglaubwürdig und politisch wirkungslos zu werden!

Endlich bewegt sich etwas bei der Verbesserung der Opferrente

Schon bei der 30. Generalversammlung in Friedrichroda teilte ich mit, dass eine Erhöhung der Opferrente noch im Sommer vom Bundestag beschlossen werden könnte. Das Bundesjustizministerium arbeite daran. Die damaligen Hinweise sind jetzt zur Gewissheit geworden. Endlich bewegt sich etwas. Endlich könnte, besonders den finanziell Schwachen unter uns, geholfen werden.

Sieben Jahre tat sich bei der Opferrente so gut wie nichts. Es gab nicht einmal einen Inflationsausgleich. Trotz sieben Jahre Opferrente sahen ganze Opfergruppen keinen Cent, da man sie von einer Entschädigung ausgeschlossen hat. Die in der Nachkriegszeit in kommunistische Sklaverei nach Sibirien verschleppten Frauen, die durch Stasi-Terror zersetzten Widerstandskämpfer und die Kameraden, die unter sechs Monaten in Haft waren, seien hier stellvertretend erwähnt.

Damit es nicht nur zu einer alibihaften Erhöhung der Opferrente kommt, muss die VOS als Bundesverband, aber auch jeder ihrer Landesverbände und unsere Bezirksgruppen aktiv werden. Ja, jeder Einzelne von uns, der noch die Kraft hat, sollte sich bemühen. Es besteht die Gefahr, dass wir für die nächsten zehn Jahre, mit einem Almosen von 40 bis 50 Euro ruhig gestellt werden sollen. Und es besteht die Gefahr, dass die bisher nicht in den Kreis der bezugsberechtigten Opfer Gehörenden weiter übergangen werden.

Es besteht die Gefahr, dass manche Witwe eines ehemaligen politischen Häftlings nach dessen Tod ins soziale Nichts fällt, weil sie die gesamte Opferrente verliert.

Noch hört man nicht viel über das zweite Gesetz, an dem gearbeitet wird. Bekanntlich geht es auch um die erleichterte Anerkennung von Haftfolgeschäden. Für dieses Gesetz ist das Bundesarbeitsministerim federführend. Eigentlich brauchten wir eine Beweislastumkehr. Aber auch hier könnte uns kurzfristig nur ein Almosen zugedacht werden, das niemandem wirklich hilft.

Wir müssen als VOS wieder aktiv werden, sonst werden wir bedeutungslos

Wenn die VOS als größter Häftlingsverband nicht aktiv wird, wird sich kaum etwas ändern. Dann werden wir – leider zu Recht – mit einigen Almosen abgefunden.

Einst war die VOS führend bei der Durchsetzung der Interessen der Opfer. Sie hatte einen guten und sauberen Namen. Ihr Rat wurde von Politikern und in der Gesellschaft gehört. Die Bezeichnung Kamerad war ernst gemeint und am Verhalten der Kameradinnen und Kameraden zueinander erkennbar.

Heute aber stehen wir kurz vor der moralischen Pleite. Der Name VOS ist bei vielen unserer Partner das Synonym für einen Haufen zerstrittener Besserwisser. Ehemalige Kameraden begegnen sich mit offenem Hass. Hier und da hat es den Anschein, dass mancher die VOS als Möglichkeit zur Erlangung eines kleineren oder größeren Nebenverdienstes betrachtet. Haben wir denn vergessen, für was wir in den Kerkern der kommunistischen Diktatur gelitten haben?

Es geht darum, die Finanzen zu ordnen und sinnvolle Einsparungsmöglichkeiten zu finden

Wenn wir so weiter machen, sind wir pleite, noch bevor der letzte Euro aus der Kasse aufgebraucht ist. Diese Pleite käme auch einem moralischen Verfall gleich, womit wir für die Gesellschaft überflüssig wären. Niemand würde uns als VOS dann noch eine Träne nachweinen.

Wie zuletzt eindringlich geschildert, sind wir als VOS ohnehin in der Gefahr, auch finanziell ins Nichts zu stürzen.

Durch Fehlentscheidungen der Vergangenheit und Intrigen ehemaliger VOS-Funktionäre sind uns elementare finanzielle Probleme entstanden. Allerdings wäre die VOS in der Lage, diese Probleme noch abzuwenden. Würde sich der Verband wieder innerlich stabilisieren, könnten uns die überschaubaren finanziellen Erblasten letztlich nicht ruinieren.

Die kameradschaftliche Unterstützung in den Gruppen, die Beratung von Betroffenen und die Aufarbeitung der Diktaturerfahrung, sind ein hoher Wert, den unsere demokratische Gesellschaft immer an uns geschätzt hat und den man weiterhin von uns erwartet. **→ S. 5 oben**

In zahlreichen Gesprächen mit Politikern und Personen des öffentlichen Lebens wurde mir versichert, dass die VOS, wenn sie zu ihren einstigen ethischen Werten zurück findet, als größter Häftlingsverband gerettet werden wird. Noch haben wir nicht alles Ansehen verloren. Noch stehen Freunde und Sympathisanten hoffnungsvoll für uns ein.

Es ist nicht aussichtslos, auf neue und alte Sympathisanten und Förderer zu hoffen

Allerdings sind eigene Bemühungen, eine gewisse Bescheidenheit im Auftreten und Selbstlosigkeit der Mandatsträger der VOS Voraussetzung für Hilfe und Sympathie von außen. Wir werden in den nächsten Wochen die angekündigte Tiefenprüfung der Kassen durchführen lassen. Wir erhoffen uns damit vor allem Hinweise auf Einsparungsmöglichkeiten und Wege, damit wir unsere einstige Bedeutung zurückgewinnen können. Der Bundesverband wird jede sich bietende Möglichkeit für Einsparungen nutzen.

Wir hoffen, in absehbarer Zeit wieder öffentlich geförderte Beratungstätigkeit – als eine Zentralaufgabe unserer Arbeit – durchführen zu können.

Die VOS hat die Aufnahme in die UOKG beantragt. Gerade im Blick auf die Opfergesetze werden die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft mit einer unüberhörbaren Stimme sprechen. Allerdings gibt es ein großes Problem: Das Gerücht von der Insolvenz der VOS.

Wir sollten den Unterschied zwischen Gerüchten und Wahrheiten genauestens kennen

Sehr viele Kameraden und Gruppen der VOS glauben dieser Lüge. Die Folge ist, dass sie ihre Mitgliedsbeiträge zurückhalten. Wer will schon in einen insolventen Haufen investieren?

Wenn aber ein Teil der VOS-Mitglieder seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, wird die ohnehin schon zusammengeschmolzene finanzielle Substanz des Verbandes schneller als gedacht aufgebraucht werden. Dann könnte es zu einer selbsterfüllenden Weissagung werden, mit der sich die Unkenrufe inner- und außerhalb des Verbandes erfüllen würden.

Das müssen wir verhindern.

Die Arbeit der VOS verursacht Kosten, die gedeckt werden müssen: Freiheitsglocke, Geschäftsräume und Geschäftsführung, öffentliche Aktivitäten und Verpflichtungen kosten viel Geld.

Sollte die VOS pleitegehen, liegt die Ursache nicht nur in den tatsächlichen Fehlentscheidungen früherer Vorstände, sondern auch daran, dass verschiedene Mitglieder der VOS schon seit einiger Zeit aufgegeben haben oder nicht mehr an eine Besserung unserer Situation glauben. Und das darf einfach nicht sein.

Die neu entstandenen Landesverbände mit dem Status eines Eingetragenen Vereins sind in einigen Regionen sehr sinnvolle Strukturen. Aus diesem Grund sind sie bei der Generalversammlung auch ausdrücklich integriert und akzeptiert worden. Aber kein regionaler e.V. wird den einflussreichen deutschlandweiten Verband ersetzen können.

Aktiv werden müssen wir alle, nicht nur der Vorstand

Lasst uns jetzt politisch aktiv werden! Wir dürfen nicht wegen interner Machtkämpfe und politischer Untätigkeit und aus Gründen der Resignation moralisch, aber auch finanziell pleitegehen. Bitte besuchen Sie daher die Bürgersprechstunden Ihrer regional ansässigen Bundestagsabgeordneten und sprechen Sie mit ihnen über die Frage der Entschädigungsgesetze. Sie als Kameradinnen und Kameraden sind die VOS. Wenn wir nichts mehr tun, sind wir pleite.

Glauben Sie nicht unwahren Gerüchten. Verzetteln sie Ihre Kraft nicht in internen Grabenkämpfen. Wenn Sie dies tun, haben Sie die VOS aufgegeben. Dann wird sie irgendwann auch fiskalisch insolvent sein. Aber die Schuld tragen nicht vergangene Fehlentscheidungen, sondern unser aktuelles Desinteresse an einer Gesundung unseres Verbandes.

In kameradschaftlicher Verbundenheit grüßt Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der VOS

Das Zitat:
Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.
Albert Einstein

Zuwendung sollte sich nach Haftjahren richten

Über das Thema Opferrente

✉ Ich finde es nicht gerecht, dass ein Kamerad, der in den fünfziger und sechziger Jahren 10 Jahre in Bautzen einsaß, genau so wenig bekommt wie einer, der in den siebziger und achtziger Jahren ein Jahr in Cottbus verbrachte. Der Erstgenannte hat mehr gesundheitliche Schäden und braucht mehr Geld.

Ich weiß es, da ich 1961 bis 1964 in Waldheim einsaß und 1975 ein Jahr in Cottbus. Auch die Stasi-Methoden waren in den siebziger Jahren weniger grausam.

Ich empfand Stasi-U-Haft und Gefängnis 1975/76, im Vergleich zu 1961/64, als weniger schlimm.

Man sollte vielleicht überhaupt die Haftjahre berücksichtigen. Wer lange einsaß, dem fällt es schwerer, privat und beruflich wieder auf die Beine zu kommen. Es gab unter uns mal eine Theorie: So lange man drin war, braucht man draußen, um sich zu rehabilitieren, und wer mehr als sieben Jahre hatte, behält etwas für immer. *Helmut Graf*

Erfahrungsaustausch über Nachwirkungen gewünscht

Liebe Kameradinnen
und Kameraden,

✉ ich wollte in einen Erfahrungsaustausch mit euch treten über Medikamente bezüglich des Posttraumatischen Belastungssyndroms, z. B. welche besonders hilfreich sind zur Unterdrückung der Albträume und ständigen Grübeleien.

Sicher wirken die Medikamente bei jedem anders, aber vielleicht schälen sich doch einige Medikamente heraus, die besonders gut wirken.

Als Frau interessiert mich dabei auch die Gewichtszunahme durch die Einnahme der Medikamente.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Annelie Fratz

Beitrag wird überwiesen, damit Fg erscheint

✉ Die letzte Fg fand ich sehr gelungen. Da ich nicht möchte, dass die Fg untergeht, werde ich nun auch meinen Jahresbeitrag überweisen. *Bernd Pieper*

Wir halten eine Korrektur der vorhandenen Gesetze für erforderlich

VOS-Landesgruppe NRW fordert in einer Petition besser Bedingungen für Opferrente

Entsprechend eines beschlossenen Antrages auf der 30. GV zur sogenannten Opferrente hat die Landesgruppe NRW der VOS unter Federführung von Christoph Becke eingehend über eine diesbezügliche Petition an den Deutschen Bundestag diskutiert und sie nach Abstimmung mit dem VOS-Bundesvorstand an den Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht.

Diese Petition geben wir nachstehend den Leserinnen und Lesern zur Kenntnis mit dem Aufruf, sie ihren jeweiligen Bundestagsabgeordneten zukommen zu lassen. Die Petition wird inhaltlich voll durch den Bundesvorstand der VOS sowie die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) unterstützt und mitgetragen.

Sehr geehrte Damen und Herren
des Deutschen Bundestages,

in 2014 gedenken wir des Beginns des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. Wir gedenken aber auch des Mauerfalls vor 25 Jahre als Folge der friedlichen Revolution gegen die SED-Diktatur in der ehemaligen DDR. Sie machte schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands möglich.

Weder die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist zu Ende noch wurde der politischen Opfer dieser Diktatur ausreichend gedacht, obwohl sie in all den Jahre bis zum Mauerfall einen erheblichen persönlichen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet haben. Dies wird inzwischen auch von den Historikern für die deutsche Geschichte anerkannt.

In der bisherigen Form der "Besonderen Zuwendung für Haftopfer" gemäß §17a StrRehaG findet diese Anerkennung bisher nur in recht bescheidenem Rahmen statt, zumal diese Opfergruppe im Gegensatz zu ihren Peinigern im SED-Staat nur sehr geringe Möglichkeiten hatte, sich eine gute Altersvorsorge aufzubauen.

In Würdigung ihrer Verdienste für Deutschland, der Anerkennung der Leiden und der persönlichen Opfer der Betroffenen halten wir eine Korrektur der vorhandenen Gesetze für erforderlich.

Deshalb beantragen wir, der VOS-Landesverband Nordrhein- Westfalen: Der Bundestag möge beschließen, die „Besondere Zuwendung für Haftopfer“ (SED-Opferrente) gemäß §17a StrRehaG wie folgt zu verändern:

1. Die Höhe der monatlichen Zuwendung von derzeit 250 EUR ist zu verdoppeln.
2. Sie ist zwecks Inflationsausgleichs zu dynamisieren.
3. Sie darf nicht mit anderen Leistungen verrechnet werden.
4. Sie ist in eine einkommensunabhängige Ehrenpension umzuwandeln.
5. Sie ist an den Ehepartner/ Lebenspartner vererbbar.

Begründung zu Punkt 1:

Die Verfolgten des NS-Regimes erhalten gemäß Entschädigungsrentengesetz für NS-Opfer vom 22. April 1992 (BGBl. I S. 906, das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 [BGBl. I S. 3057] geändert worden ist) zu Recht eine Ehrenpension in Höhe von 717,50 EUR monatlich.

Es dürfte bekannt sein, dass auch die Ideologie des Kommunismus weltweit Millionen von Todesopfern verursacht hat. Darüber hinaus hat der rechtsstaatswidrige und menschenverachtende Systemterror sehr viel Leid und Tränen über die überlebenden Gegner der Diktatur gebracht. Daher sollte auch den politischen Häftlingen des SED- Regimes in einer Verdoppelung der „Besonderen Zuwendung für Haftopfer“ eine entsprechende Anerkennung zu teil werden.

Dies hatte sogar unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bereits im Jahre 2000 mit einem Betrag von 500 EUR vorgeschlagen.

Begründung zu Punkt 2:

Weil bisher eine Dynamisierung der SED-Opferrente/Ehrenpension fehlt, wird sie inflationsbedingt im Laufe der Zeit entwertet. Eine Dynamisierung sollte hier analog zur Entschädigungsrente für NS-Opfer nach der gleicher Vorgehensweise erfolgen.

Begründung zu den Punkten 3 und 4:

In der jetzigen Form handelt es sich nicht um eine "Opferpension" oder "Ehrenrente", sondern eine einkommensabhängige Sozialleistung, die mit anderen Leistungen verrechnet wird. Sie wird damit ihrem Ziel nicht gerecht, persönlich erlittenes Leid in der SED-Diktatur ehrenvoll zu würdigen.

Begründung zu Punkt 5:

Die Ehepartner/Lebenspartner haben entweder unter der Haft ihrer Partner in der DDR und/oder auch an den Haftfolgeschäden mit gelitten. Viele Hinterbliebene dieser Opfergeneration haben nur geringe Renten und kommen nach dem Tod des Partners in finanzielle Probleme.

Düsseldorf, den 18. Juni 2014
Detlef von Dechend, VOS Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen

Weitere Petition liegt vor

Ralf Kotowski setzt sich ebenfalls für Verbesserungen ein

Eine ähnliche Petition an den Bundestag mit konkreten Zielen für die soziale Verbesserung der Situation der Haftopfer des Kommunismus und deren Angehörigen wurde auch von Ralf Kotowski verfasst. Kamerad Kotowski hat angeboten, in einer „SoKo“ mitzuarbeiten bzw. dieser vorzustehen und die Arbeit zu koordinieren.

Die Forderung ist nicht neu!

Gespräche mit Politikern wurden schon früher angeregt

Bereits in Fg 737 wurde unter der Rubrik „Auf ein Wort des Redakteurs“ innerhalb der VOS empfohlen, eine SoKo (Sonderkommission) zu gründen, die – unter Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und bei Unterstützung durch die Freiheitsglocke – Vorschläge sammelt und Initiativen bündelt, um diese bei den Parteien des Bundestages (eventuell auch FDP) vorträgt. Diese SoKo sollte ständigen Kontakt zu den Politikern halten und endlich auch wieder beratend und meinungsbildend auf das politische Geschehen einwirken. *H. Diederich*

Was unsere Ansprüche betrifft: Es sollten nicht nur Petitionen sein!

Mehr Selbstbewusstsein, gerecht verhandeln und wieder Einfluss nehmen, das wäre ein Weg

Das Thema Opferrente ist der „Dauerbrenner“ in den Diskussionen und Beiträgen innerhalb der VOS und der Freiheitsglocke. Bereits in den 1960er Jahren, also lange vor der Wiedervereinigung, wurden regelmäßige Unterstützungsleistungen für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR gefordert. Immer wurden sie abgelehnt, es blieb bei Sozialleistungen, Spenden und Eingliederungshilfen. Das, was wir heute als Haftentschädigung bezeichnen, betrug sogar nur die Hälfte dessen, was in der Bundesrepublik ansonsten gezahlt wurde, und der Betrag war in den Bundesländern unterschiedlich.

Der Weg zu dem, was wir inzwischen erreicht haben, war hart und immer wieder von Enttäuschungen und Rückschlägen begleitet. Die Reaktionen waren in der Fg zahlreich nachzulesen. Nicht selten kamen Beiträge voller Wut und Ärger, die vor dem Abdruck abgemildert werden mussten.

Obwohl wir viel erreicht haben, was wir keineswegs vergessen dürfen, sind weiterhin Lücken und Ungleichheiten in der Gesetzgebung zur Besonderen Zuwendung enthalten, um deren Beseitigung wir uns bemühen. Ebenso steht immer auch die Forderung nach einer Erhöhung des Betrages von 250 Euro.

Wir haben gerade in den letzten Jahren mehrere Initiativen erlebt, die Abhilfe und Besserung schaffen sollten. Die Ideen waren gutgemeint, die Forderungen nicht ganz realistisch. Nunmehr wird bekannt, dass die Besondere Zuwendung auf 300 Euro erhöht werden soll. Das sind 50 Euro mehr, wobei wir hier von dem Fall des bisher berechtigten Beziehers ausgehen. Diese 50 Euro – wir nehmen das jetzt als feste Zusage – sind mehr als ein „Inflationsausgleich“, sie sind eine spürbare Erhöhung. Sicherlich wäre eine Verdopplung des gegenwärtigen Betrages viel besser gewesen. Aber wer hat wirklich damit gerechnet, dass es dazu kommt?

Wäre es nicht auch wichtig gewesen, dass endlich die Halbjahresklausel bezüglich der Haftzeit entfällt? Und sollte man nicht eine Vererbbarkeit des Anspruches auf alle vor dem November 1989 geschlossenen Ehen und die davor geborenen Kinder durchsetzen? Uns bringen keine Diskussionen über eine Staffelung der Opferrente nach der Länge der Haftzeit weiter. Man kann darüber intern diskutieren, aber wenn man solche Streitereien in die Öffentlichkeit trägt, machen wir uns unglaubwürdig und werden als zerstritten und unsolidarisch wahrgenommen.

Man muss zudem die Frage stellen, ob es der geeignete Weg ist, wenn wir mit Petitionen vor die Politiker treten. Petitionen sind Bitt- oder sogar Bettelbriefe. Haben wir das Bitten und Betteln nötig? Sind wir alle mit unseren Schicksalen und vor allem unseren Verdiensten um die jahrzehntelange Geißelung der stalinistischen Unrechtsherrschaft und den Fall der Mauer nicht diejenigen, die die meisten Opfer auf sich genommen und den wirklich großen Anteil an der neu gewonnenen Einheit haben?

> Petitionen sind Bitt- oder sogar Bettelbriefe. Haben wir das Bitten und Betteln nötig?

Wir vertreten hier das Erbe und den Ruf von Widerständlern wie Michael Gartenschläger oder Oskar Brüsewitz, die bewusst gegen die Diktatur und für deren Entlarvung eingetreten sind. Das sind Menschen, die ihr Leben eingesetzt und verloren haben, um irgendwann zu einer Gesellschaft zu gelangen, wie wir sie jetzt haben. Ebenso treten wir für Gerechtigkeit gegenüber den Maueropfern ein. Todesfälle wie die von Peter Fechter oder Chris Gueffroy, haben die Welt (!) erschüttert, gescheiterte Fluchtversuche führten immer wieder zu Haftstrafen und sorgten für weltweites Aufsehen.

Wenn man jetzt nach 25 Jahren rückblickend auf die machtvollen Herbstdemonstrationen in vielen DDR-Städten schaut, so kann man die Ursachen und Zusammenhänge nur verstehen, wenn man die Namen der Opfer und Widerständler nennt. Sie sind die Zeugen des Unrechts, sie haben die Krankheit des SED-Regimes aufgedeckt. Sie haben den Zündstoff gelegt, um das Feuer der riesigen Herbstdemonstrationen zu entfachen und damit die deutsche Einheit vorzubereiten.

Wir, die wir noch leben und die wir die Namen der Opfer kennen, stehen mit ihnen in einer Reihe. Wir haben aus Gründen in den DDR-Zuchthäusern gesessen, die kein demokratischer Staat akzeptieren kann. Egal, auf welche Weise der oder die Einzelne in den Knast kam und wie lange er oder sie inhaftiert war, haben wir alle einen entscheidenden Beitrag zum Sturz des Regimes von Ost-Berlin und Moskau geleistet. Damit verbindet sich das, was man eine Lebensleistung nennt, die einen Anspruch auf eine gerechte Würdigung – nicht nur in Worten – hat.

Ist es also richtig, dass wir mit Petitionen vor die Politiker treten?

Noch zu Beginn der 1990er Jahre sind die Vorsitzenden und Pressesprecher der VOS bei den Parteien und Medien vorstellig geworden, um Stellungnahmen zu politischen Ereignissen abzugeben. Es gab Zeiten, da fühlten sich die Politiker des Landes geehrt, wenn sie zu unseren Versammlungen eingeladen waren: Konrad Adenauer, Heinrich Windelen, um nur einige zu nennen. In der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes war man froh, mit einem Grußwort vertreten zu sein. Die jeweiligen Bundespräsidenten pflegten Kontakte zur VOS, und die Bürgermeister der Stadt Berlin unterstützten den Verband moralisch und finanziell.

Dass wir uns nunmehr mit Bittschriften zu Wort melden, mag dazu dienen, unsere Ziele gegenüber den gewählten Volksvertretern darzulegen. Ob es die richtige Art unseres Auftretens ist, muss hinterfragt und in den Gruppen der VOS diskutiert werden.

Mit der Forderung von Vera Lengsfeld nach der Einberufung eines Runden Tisches zur schnelleren Klärung der Häftlingszwangsarbeit und mit dem Aufruf des Bundesvorsitzenden an die Politiker des Bundestages zur grundsätzlichen Reform der Opferpension sind indessen auch andere Töne zu hören, die uns wieder mehr Selbstbewusstsein eingeben sollten. *Tom Haltern*

Die Entstehung einer neuen Diktatur muss verhindert werden

Aufklärung über Gespräch mit Ministerpräsident Sellering

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

✉ seit langem besteht ein Streit zwischen dem Ministerpräsidenten das Landes Mecklenburg- Vorpommern, Herrn Erwin Sellering, und den Opferverbänden wegen seiner Äußerungen zu dem in der DDR an Menschen begangenen Unrecht.

Ich habe, soweit es mir möglich war, mich mit seiner Aussage beschäftigt. Mein Ziel ist ein freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Ministerpräsident Sellering und den Opferverbänden in MVP.

Leider war ich bei einer zwischen dem Ministerpräsidenten und den Opferverbänden geführten Aussprache nicht anwesend. Meine Recherchen haben aber ergeben, dass es sich nur um ein Missverständnis handeln kann.

Herr Sellering hat das begangene DDR-Unrecht an Menschen verurteilt und lediglich zum Ausdruck gebracht, dass B e w ä h r t e s (z. B. Gesamtschulen, Kitas, Gesundheitszentren) aus der ehemaligen DDR in unser neues System eingeführt werden könnte.

Innerhalb meiner politischen Arbeit habe ich mich mit MP Sellering bereits unterhalten und werde in der Zukunft nichts unversucht lassen, unsere Volksvertreter und den Ministerpräsidenten in MVP über das DDR-Unrecht weiter aufzuklären.

In dieser Beziehung sollten alle Kameraden, die Mitglied einer politischen Vereinigung sind, in ihren Heimatorten mitwirken. Gerade wir, die jüngeren Mitglieder unseres Verbandes, müssen das Erreichte der VOS weiter führen und die nachfolgenden Generationen über den Stalinismus der ehemaligen DDR aufklären. Die Entstehung einer neuen Diktatur in Deutschland, in welcher Form auch immer, muss verhindert werden. Das muss unser Ziel bleiben, und das sehe ich als meine Lebensaufgabe an.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Peter Heubach

Wenigstens haben wir die Freiheitsglocke

Über Zivilcourage im Alltag und in der Politik von gestern bis heute und über das, was uns alle angehen sollte

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

✉ Gott sei Dank, die VOS ist noch am Leben. Leider scheint sie bedroht und schwer krank, so wie auch die Ukraine derzeit schwer zu leiden hat. Man fragt sich, ist das Ganze ein Zufall oder ein mahnendes Zeichen? Der Kommunismus scheint zumindest nicht tot zu sein, er verbreitet wieder Terror und jede Menge Leichen, damit Russland zur bolschewistischen Weltherrschaft zurückkehren kann.

Für mich gilt gerade jetzt das Freiheitsbekenntnis, das da unter anderem lautet: „Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde eines jeden Menschen. … Ich schwöre, der Aggression und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer sie auf Erden auftreten."

Aber ich kann nicht auf den Hinweis verzichten, wie es bei uns aussieht. Denn denk ich an das heutige Deutschland im geistigen Ist- Zustand, wie es sich auf dem linken Auge als blind erweist, so bin ich sehr besorgt.

Natürlich, von rechts droht Gefahr, das wissen alle, aber von links? – Wer so denkt oder sich gar so äußert, der hat hier keine guten Karten und wird isoliert. Selbst die VOS ist zum Rufer in der Wüste geworden.

Wir brauchen wieder Leute wie Wolf Biermann, die aussprechen, was andere nicht auszusprechen wagen. Ansonsten könnte es irgendwann zu spät sein. Und wir brauchen couragierte Bürgerrechtlerinnen wie einst Bärbel Bohley.

Wenigstens haben wir noch die Freiheitsglocke. Sie ist aktiv im Kampf gegen das Unrecht, und an ihrer Unterstützung beteilige ich mich gern, auch wenn ich es (leider) für nicht ganz gefahrlos ansehe, in dieser Zeitung meine Meinung zu äußern.

In meinen Augen ist die Freiheitsglocke ein Instrument, das nicht nur gegen das Wiedererstarken der Linken auftritt, sondern das sich allgemein gegen Unrecht, Korruption, Gewalt, Gier und Größenwahn einsetzen muss. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Missbrauch durch die Justiz, wie etwa im Fall Gustl Mollath. Für mich ist Widerstand gegen ungute Seilschaften und Publikmachen solcher Tendenzen, ob allein oder im Verband, die Einheit von Wort und Tat. Daher biete ich meine kostenlose Mitarbeit an und bitte den Vorstand um eine entsprechende Rückmeldung.

Nun noch kurz zu den Themen der letzten Fg-Ausgabe, wobei ich als Erstes die neue Führung zur Wahl beglückwünsche. Dass mit Rainer Wagner endlich Reformen in Gang gesetzt werden, habe ich mit Erleichterung registriert.

Und was die viel diskutierten Finanzen der VOS betrifft, so kennt man das mit den hinterhältigen anonymen Anzeigen doch zu gut. Es ist nur ärgerlich, solche Methoden in den eigenen Reihen festzustellen. Ich danke jedenfalls Frank Nemetz als scheidendem Schatzmeister. Auch den Kassenprüfern Sauerzweig und Jahnke gilt mein Dank.

Klaus Bartholomy

Verurteilt nach Verfassung und Kontrollratsdirektive

Ein Nachsatz zum Nachsatz zum Nachruf zu Rolf Starke (letzte und vorletzte Fg)

Da in Fg 738/9 (Seite 10) Kritik am Nachruf zum kürzlich verstorbenen, verdienstvollen Kameraden Rolf Starke geübt wurde, meldete sich nunmehr unser Kamerad Paul Radigk zu Wort und stellte nachfolgenden Auszug aus der Rehabilitierungsakte von Rolf Starke zur Verfügung:

🕮 Das Bezirksgericht Leipzig verurteilte den Antragsteller am 13. 04. 1954 wegen Verbrechens gemäß Artikel 6 der Verfassung der DDR nach Kontrollratsdirektive 38 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Aufgrund des Haftbefehls des Kreisgerichts Leipzig vom 30. 10. 1953 blieb er zunächst in Untersuchungshaft, kam dann in Strafhaft und wurde am 25. 09. 1964 aus dieser zur Bewährung entlassen.

Paul Radigk

Die Opferrente ist nicht alles, wofür wir kämpfen sollten

Stillschweigend wird hingenommen, dass ehemalige Richter und Staatsanwälte, die in der DDR politische Urteile zu verantworten haben, nun hohe Renten oder Pensionen bekommen

Seit einigen Tagen sind die vorgesehenen Verbesserungen bei der Entschädigung der Opfer des SED-Regimes bekannt und die Diskussion ist angelaufen. Leider erschöpfen sich die Diskussionsbeiträge aus den Opferverbänden weitgehend in Kritik und höheren Forderungen. Ich sehe dies etwas anders.

Vorab: Ich gehöre nicht zu den Berechtigten, da ich nach der Wiedervereinigung eine berufliche Entwicklung nehmen konnte, welche mir ein gutes Einkommen und auch eine relativ gute Rente eingebracht haben, sodass ich über den relevanten Einkommensgrenzen liege. Dafür musste ich Einiges leisten, bin den dafür Verantwortlichen aber auch dankbar, dass ich wieder entsprechend meinen Qualifikationen arbeiten konnte.

Die geraubten Zeiten von Freiheit kann (uns) niemand zurückgeben.

Ich gönne jedem Berechtigten seine zusätzliche Rente, wobei es sich m. E. immer nur um symbolische und politische Wiedergutmachung handeln kann. Die geraubten Zeiten von Freiheit kann (uns) niemand zurückgeben.

Aber die gesamte SED- Unrechtsbereinigungsgesetzgebung hat doch zumindest hinreichende Möglichkeiten der teilweisen Kompensation von erlittenem Unrecht geschaffen. Zu kritisieren ist dabei aber die große Bürokratie.

Aus meiner Sicht sollten wir bei der Bewertung der jetzigen Vorschläge auch bedenken, dass die jetzt politisch Verantwortlichen absolut nichts mit dem vom SED-Regime begangenen Terror zu tun hatten/haben.

Es ist mir zu einfach, immer nur nach mehr Geld zu rufen. Auch diese Beträge müssen irgendwie erwirtschaftet werden. Mir kommt bei der derzeitigen Diskussion die Dankbarkeit für die bisher geschaffenen Regelungen zur Rehabilitation und Entschädigung etwas zu kurz. Berechtigt ist m. E. die formulierte Forderung nach einer Erweiterung des berechtigten Personenkreises für materielle oder finanzielle Entschädigungen. Wenn dies erreicht werden könnte, würde ich die Erhöhung bereits bewilligter Entschädigungen als sekundär ansehen, sofern sie über den Inflationsausgleich hinausgehen sollen.

Eine nachhaltige Ächtung der am SED-Regime beteiligten Strukturen wäre auf jeden Fall wichtig

Aus meiner (politischen) Sicht wäre eine nachhaltige Ächtung der am SED-Regime beteiligten Strukturen und deren Nachfolgestrukturen mindestens genauso wichtig wie die Erhöhung der Entschädigungen.

"DDR"-Nostalgie und das Relativieren/Verharmlosen des realexistierenden Sozialismus sind für die Opfer und die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung nicht nur nachteilig, sondern auch gefährlich. In diesem Bereich sehe ich den absoluten Schwerpunkt für (politische) Forderungen der Opferverbände.

Zu prüfen wäre eine kostenmäßige Beteiligungspflicht der Verantwortlichen in der DDR

Mich beschäftigt in diesem Zusammenhang aber auch noch ein anderes Problem, was ich am persönlichen Beispiel verdeutlichen will. Im Zusammenhang mit dem von mir initiierten Strafverfahren gegen einen an meiner letzten Inhaftierung beteiligten Richter wurde mir bekannt, dass dieser binnen zwei Monaten ein Einkommen (Rente) in einer Höhe erhielt, welche ich für über neun Monate als Haftentschädigung erhalten hatte. (Nur am Rande; das Verfahren wurde nach über 4 Jahren gegen Geldbuße eingestellt.)

Dort sehe ich eine relevante Ungerechtigkeit. Aus meiner Sicht sollte/müsste es auch jetzt noch geprüft werden, wie die für die aufgehobenen Urteile/Beschlüsse usw. verantwortlichen Personen (z.B. Richter, Staatsanwälte, Mitarbeiter der Jugendämter) an den Kosten der Wiedergutmachung beteiligt werden können. Zurzeit werden diese Kosten vom Steuerzahler, also zum großen Teil von uns selbst, erbracht. Das ist absolut unbefriedigend. (Nur am Rande; auch die Summen für den Freikauf der ca. 33.000 politischen Gefangenen sind von den damaligen westdeutschen Steuerzahlern aufgebracht worden.)

Man sollte dieses Anliegen nicht auch gleich mit formaljuristischen Argumenten ablehnen bzw. eine solche Ablehnung zulassen. Natürlich braucht es dafür erst mal eine politische Entscheidung, also eine politische Mehrheit.

Ich habe dieses Anliegen in 2008 gegenüber dem Sächsischen Justizministerium formuliert. Im Antwortschreiben, welches ich noch habe, heißt es u. a., dass doch "nun mal Schluss sein müsse".

Und derartige Schlussstriche sollten wir nicht (widerstandslos) zulassen. *Martin Pescheck*

Das Foto zeigt M. Peschek (© A.R.)

Anm.: *Die Fg hat vor etwa zwölf Jahren ausführlich darüber berichtet und als einziges Presseorgan nachhaltig dagegen protestiert, dass sich der Deutsche Beamtenbund für eine Anerkennung der in der DDR ausgeübten staatstragenden Tätigkeiten einsetzte. A.R.*

Dieser Runde Tisch muss unbedingt zustande kommen!

Weitere Erkenntnisse und Forderungen zum Thema Zwangsarbeit in der SED-Diktatur

Am 23. Juni wurde in den Räumen der Deutschen Gesellschaft Berlin eine soeben im Universitätsverlag Leipzig erschienene Studie von Dr. Christian Sachse über die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der DDR vorgestellt.

Dieses bittere Kapitel war fast ein Vierteljahrhundert kein Thema in Deutschland. Erst als durch journalistische Recherchen bekannt wurde, dass der schwedische Konzern IKEA von der Zwangsarbeit politischer Gefangener in den sozialistischen Ländern, noch bis vor kurzem in Cuba, profitiert hat, entstand eine breitere öffentliche Diskussion.

Selbst wenn der Hauptgrund für die Debatte gewesen sein sollte, wie der Bürgerrechtler Arnold Vaatz in seinem Geleitwort grimmig feststellte, dass „in Gestalt von IKEA die Katalysatoren der westdeutschen Empörungsindustrie von der ostdeutschen Zwangsarbeit profitierten“, hatte das doch den Kollateraleffekt, dass es endlich ein Interesse am Thema gab. Dementsprechend waren viele Medien bei der Präsentation zugegen. Selbst die Politik war prominent vertreten, mit der Ostbeauftragten der Bundesregierung Ines Gleicke (SPD) an der Spitze.

Christian Sachses Vortrag ließ schon erkennen, dass der Autor ein Standardwerk zum Thema vorgelegt hat. Seine Studie ist ebenso gründlich, wie umsichtig. Sachse nimmt sich auch der kompliziertesten Fragen, wie die, ob man Zwangsarbeit im Sozialismus auch so nennen dürfe, wo dieser Begriff doch auf die „Vernichtung durch Arbeit“ im Nationalsozialismus angewendet wird.

> Zwangsarbeit war ein fester Bestandteil des Strafsystems, mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit der Häftlinge zu brechen.

Sachse begnügt sich nicht mit dem Hinweis, dass die Zwangsarbeit seit dem Gulag im Kommunismus System war. Er liefert einen kurzen Abriss der Zwangsarbeit im 20. Jahrhundert und ordnet darin ein, was in der DDR stattgefunden hat. Zwar gab es im SED-Staat keinen Gulag, aber mindestens 600 Betriebe waren Bestandteil eines Systems, in dem Zwangsarbeit von Häftlingen eine Planungsgröße war.

Die beteiligten Unternehmen gerieten regelmäßig in Schwierigkeiten, wenn es eine Amnestie gab und ihre billigen Arbeitskräfte ausfielen. Sachse führte Statistiken vor, die zeigten, wie schnell die entstandenen Häftlingslücken wieder aufgefüllt wurden, obwohl die „Rückfallquote“ bei Politischen unterdurchschnittlich war. Es gab, das ist die einzige Erklärung, eben entsprechend viele Neuverhaftungen.

Zwangsarbeit war ein fester Bestandteil des Strafsystems, mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit der Häftlinge zu brechen. Die Arbeitsbedingungen für Häftlinge waren besonders schlecht, die Zahl der Arbeitsunfälle lag dreimal höher als bei freien Arbeitern. Firmen wie IKEA ließ das nicht ganz kalt.

> Für die Zwangsarbeit ist in erster Linie die SED verantwortlich, aber die beteiligten Firmen haben zumindest eine moralische Mitschuld.

Sachse verweist auf ein Beispiel, dass der schwedische Konzern einen Automaten in einem DDR- Betrieb aufstellen ließ, um Gefangenen die gefährliche, giftige Handarbeit zu ersparen. Andere schauten lieber nicht so genau hin. Berichte von freigekauften Häftlingen über Zwangsarbeit für westdeutsche Firmen wie Quelle, Neckermann, Salamander, Varta, Schiesser, Beiersdorf, Underberg, Thyssen und Siemens, um nur einige zu nennen, wurden von der westdeutschen Öffentlichkeit und den betroffenen Unternehmen weitgehend ignoriert.

Für die Zwangsarbeit ist in erster Linie die SED verantwortlich, aber die beteiligten Firmen haben zumindest eine moralische Mitschuld. Der SED-Staat profitierte von der Arbeit seiner politischen Gefangenen. Die eingezogenen Sozialabgaben wurden zweckentfremdet. Sachse belegt, dass von den 1986 rund 20 Millionen zurückbehaltenen Sozialabgaben nur 3,3 Millionen für medizinische Behandlung und soziale Leistungen den Häftlingen zugutekam. Arbeitslohn bekamen die Häftlinge nicht ausgezahlt. Sie erhielten „Wertgutscheine“, mit denen sie im Gefängnisladen ihre schmalen Rationen aufbessern oder sich Körperpflegemittel kaufen konnten. Wenn man, wie eine Zeitzeugin berichtete, für tägliche 10-Stundenschichten mit 120% Normerfüllung für 70 Mark Wertgutscheine im Monat erhielt, reichte das für eine tägliche Tasse Bohnenkaffee, Zahnpaste und Hautcreme, mehr nicht.

Die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen sowie die mangelnde bzw. oft verweigerte medizinische Betreuung haben bei den betroffenen Häftlingen dauerhafte Spuren hinterlassen.

Das schlimmste Unterkapitel dieses Themas ist die Zwangsarbeit von Jugendlichen aus den Jugendwerkhöfen. Etwa 3.000 – 4.000 Jugendliche sollen davon betroffen sein. Eine Zahl, die ich für viel zu niedrig halte. Allein die im Stahl- und Walzwerk Brandenburg beschäftigten Jugendlichen aus dem geschlossenen Jugendwerkhof Lehnin dürften es im Laufe der Jahre auf diese Zahl gebracht haben. Deshalb wurde die Ankündigung von Staatssekretärin Gleicke, eine Studie über Zwangsarbeit in Jugendwerkhöfen in Auftrag zu geben, mit viel Beifall begrüßt.

Damit hat Gleicke verdienstvollerweise ein heißes Eisen angepackt. Diese Studie wird dazu beitragen, eine weitere Lücke zu füllen.

Weil den Betroffenen mit Studien allein nicht geholfen ist, regte Rainer Wagner, der Vorsitzende der UOKG, die auch die Studie von Sachse beauftragt hatte, einen Runden Tisch an, an dem Politik, Unternehmen und Betroffene schnelle Lösungen finden sollen, wie den ehemaligen Zwangsarbeitern des SED-Staates , die heute noch unter den Folgen leiden, schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Dieser Runde Tisch muss zustande kommen! *Vera Lengsfeld*

Anm. d. Red.: *In der Fg wurde das Thema Zwangsarbeit bereits aufgegriffen und eine ständig arbeitende Kommission vorgeschlagen.*

Wir erwarten angemessene Nachbesserungen

Aufruf an alle Mitglieder der VOS und alle Opfer der SBZ/DDR mit ihren Bundestagsabgeordneten das Gespräch zu suchen

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat dem Bundesvorstand der VOS einen Referentenentwurf eines 5. Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der Verfolgung in der ehemaligen DDR zugeleitet. In diesem Referentenentwurf ist unter anderem eine Erhöhung der Opferrente auf 300 € vorgesehen.

Wir empfinden dies als Hohn, gleicht die Erhöhung doch gerade einmal die Inflation seit dem Jahr 2007 aus.

Wir rufen alle Opfer der SBZ/DDR auf, Kontakt mit ihrem Bundestagsabgeordneten aufzunehmen, wobei es folgerichtig wäre, dies in den Bürgersprechstunden der Abgeordneten des Wahlkreises zu tun.

Vortragen sollte man Folgendes:
Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, im Koalitionsvertrag die Versorgungsleistungen und die „monatliche Zuwendung für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED- Opferrente)“ zu erhöhen. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution erwarten wir eine unter Artikel 17 des Einigungsvertrages versprochene „angemessene Entschädigung“ in Form einer Nachbesserung durch ein 4. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz nach folgenden Gesichtspunkten:

- die Einführung einer einkommensunabhängigen „Ehrenpension“ von monatlich 700 € für alle aus politischen Gründen Inhaftierten und anteilig für alle unter 180 Tage politisch inhaftiert Gewesenen
- die weitere Anpassung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer an den Inflationsausgleich sowie deren Vererbbarkeit auf Witwen und Witwer
- die Aufnahme bisher nicht oder unzureichend berücksichtigter Opfergruppen in die SED Unrechtsbereinigungsgesetze.

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der VOS

Eines der besten Treffen, die es bisher gab

Das von Dr. Martin Hoffman organisierte Treffen der Workuta-Opfer in Karlsruhe findet in guter Atmosphäre statt

Erstmalig hatten etwa sechzig Zeitzeugen aus dem Gulag für ihr diesjähriges Treffen vom 29. Mai bis zum 1. Juni die Stadt Karlsruhe als Tagungsort gewählt. Die Teilnehmer kamen aus ganz Deutschland sowie auch aus dem Ausland in das Karlsruher Schlosshotel, und sie nahmen aus Karlsruhe überaus positive Eindrücke mit.

Gleiches gilt für das eigentliche Treffen, das vom Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup eröffnet wurde, wobei Mentrup die ehemaligen Häftlinge als gern gesehene Gäste seiner Stadt begrüßte und mit einem kenntnisreichen Grußwort den einst geleisteten Widerstand gegen den kommunistischen Terror und die Bedeutung für unsere heutige Gesellschaft heraushob. Er nannte das Geleistete einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des heutigen vereinten freiheitlichen Rechtsstaats und sprach sich für die weitere Aufarbeitung aus.

Der aus Hamburg angereiste Lagersprecher Horst Schüler bezeichnete das Treffen als eines der besten nachhaltigsten, die er erlebt habe. Horst Schüler wurde in seiner Eigenschaft als Sprecher der Lagergemeinschaft einstimmig wiedergewählt.

Sinnvollerweise wurden auch die Planungen für das nächste Treffen vorgenommen. Dieses soll im Jahr 2015 in Magdeburg stattfinden. Damit ist ein Ort in Mitteldeutschland gewählt, der – in Anbetracht des hohen Alters – für alle gut erreichbar ist.

Um die Gunst des Standortes zu nutzen und auch um eine praktische Seite des Rechtsstaates kennenzulernen, stand im Rahmen der zweitägigen Konferenz auch ein Besuch beim Bundesverfassungsgericht, das sich bekanntlich in Karlsruhe befindet, im Programm. Oberstaatsanwalt Joachim Desens aus Potsdam, der sich aktiv an der Aufarbeitung und Forschung des im Kommunismus begangenen Unrechts beteiligt, hatte eine Führung organisiert, die durch einen Vortrag zum Thema Rechtsstaatlichkeit in Deutschland bereichert wurde. Desens (Jahrgang 1958) selbst gehört bereits einer jüngeren Generation an, dennoch ist ihm das Thema Workuta nur zutiefst vertraut, da sein Vater dort eine lange Zeit zubringen musste.

Wie immer standen die persönlichen Kontakte, der Austausch von Meinungen und Erinnerungen im Vordergrund. Schwerpunkt waren – wie bereits in der vorigen Fg berichtet – diesmal die schlimmen Erfahrungen, die weibliche Häftlinge in Workuta machen mussten, wobei es besonders erschütternde Berichte gab. Unausbleiblich auch das Gedenken an die Kameradinnen und Kameraden, die die Hölle des Gulag nicht überlebten. Sie kamen durch Krankheit, Hunger oder Misshandlungen ums Leben. Oft genug gab es auch Hinrichtungen, die ohne lange Ankündigung erfolgten.

Nur zu gut bekannt sind uns indessen die Schicksale von Dr. Martin Hoffmann (Foto) und Lothar Scholz, die mehrfach in der Fg beschrieben wurden. Unzählige Jahre ihres Lebens, die sie verloren und sich auf einem äußerst schmalen Grat zwischen Leben und Tod bewegten. Die Schicksale stehen exemplarisch für die Grausamkeit eines Systems, das heute immer noch Sympathisanten hat.

Mit Zuversicht sehen die Teilnehmer nun dem Treffen im nächsten Jahr entgegen. Zeichnet sich doch ab, dass es nicht nur die Zeitzeugen selbst sind, die sich versammeln, sondern dass auch zusehends geschichtlich interessierte Personen und Betroffene aus anderen Opfergruppen teilnehmen werden, die ihr Kommen für die nächste Konferenz schon zugesagt haben, wozu auch die Freiheitsglocke, die es dann hoffentlich noch gibt, zählen sollte. *Fg/M. Hoffmann*

Ein Urteil, das unmenschlich und „erzstalinistisch“ war

Der Berliner Horst Hertel erhielt als Siebzehnjähriger eine vernichtende Haftstrafe von acht Jahren

Hat der 17. Juni als Gedenktag seine einstige Bedeutung verloren? Wir erinnern uns an die alljährlichen großen Gedenkveranstaltungen und noch mehr an die große Aktion der VOS vor elf Jahren: Nach zähem, bis zuletzt scheinbar erfolglosem Bemühen gelang es uns eine Sonderbriefmarke mit Zusatzwert über den damals 50 Jahre zurückliegenden Volksaufstand durchzusetzen. Unser Kamerad Günter Wehner und zuletzt auch der amtierende Bundespräsident Johannes Rau gehörten zu den Aktivposten, die diesen großartigen Erfolg ermöglichten.

Inzwischen scheint eine solche Maßnahme undenkbar. Die Menschen der jüngeren Generationen wissen oft nichts über den Aufstand oder sie legen ihn falsch aus. Als arbeitsfreier (stiller) Gedenktag wurde er abgeschafft, wir haben ja nun den 3. Oktober. Immerhin findet jeweils im Bundestag eine Gedenkstunde statt, und die letzten Unerschütterlichen aus unseren Reihen rufen traditionsgemäß zu Veranstaltungen auf, die zwar nicht mehr den früheren Zulauf haben, an denen sich aber weiterhin ernstzunehmende Politikerinnen und Politiker beteiligen.

Die Zeitzeugen von einst, die die heißen Tage im Juni 1953 noch unmittelbar erlebt haben oder an den Demonstrationen und mitwirkten werden weniger. Voriges Jahr verstarb Joachim Kögel, der in seiner Stadt eine wesentliche Rolle spielte.

Zu denen, die noch alles wissen und über ihre mit dem Aufstand verbundene Geschichte berichten können, gehören Joachim Fiedler oder Horst Hertel. Beide haben sich während des Volksaufstandes auf die Seite der Demonstranten gestellt und ein Ende der diktatorischen Verhältnisse in der DDR und die Wiedervereinigung mit der Bundesregierung gefordert. Dafür wurden sie zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt.

Horst Hertel war zum Gedenken an den Aufstand und zur Erinnerung an sein persönliches Schicksal in diesem Jahr wieder in der Hauptstadt. Er ist 1936 in Berlin geboren und beteiligte sich 1953 als 17-Jähriger aktiv am Aufstand. Nachdem man ihn am 19. Juni inhaftiert hatte, wurde er im August gemeinsam mit vier weiteren Beteiligten angeklagt und verurteilt. In der Anklageschrift wird ihm die Mitgliedschaft in westlichen Agentenvereinigungen und die Beteiligung an der Zerstörung einer sowjetischen Buchhandlung am Berliner Alexanderplatz und am Gebäude des Zentralkomitees vorgeworfen. Zugleich wird er der „Rädelsführerschaft“, des Landesfriedensbruchs und der fortgesetzten „friedensgefährdenden faschistischen Betätigung“ bezichtigt. Horst Hertel erhielt dafür eine Freiheitsstrafe von acht Jahren, zu der eine Reihe von „Sühnemaßnahmen“ kam, die ihn quasi auf Lebensdauer von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Herausbildung einer entwickelten Persönlichkeit ausschlossen. Ihm wurde untersagt, als Lehrer, Redakteur, Mediziner o. ä. zu arbeiten und Mitglied einer Partei oder Gewerkschaft zu sein, sich politisch zu betätigen und ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Er unterlag nach der Entlassung strengen Aufsichtsmaßnahmen wie Wohnraumkontrolle und Aufenthaltsbeschränkungen. Und ihm war nicht erlaubt, ein Kraftfahrzeug zu halten. Horst Hertel, mit 17 Jahren inhaftiert, wurde am 1. Juli 1959 aus der Haft entlassen.

Nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung wurde das Urteil durch das Berliner Landesgericht aufgehoben und Horst Hertel rehabilitiert. Im Beschluss vom 1. September 1995 wurde ausdrücklich auf das damals jugendliche Alter von 17 Jahren hingewiesen. Zudem erfolgte nach Anhörung des Betroffenen die Richtigstellung des Sachverhaltes, demzufolge Horst Hertel am 17. Juni 1953 auf dem Berliner Alexanderplatz zu einer Menschenmenge gehört habe, die ein Regierungsfahrzeug umgestürzt und die Insassen bedrängt habe. Der Betroffene war durch „Schreien und Hetzen an diesem Gewaltakt“ beteiligt gewesen und hatte bereits am Vortag an anderer Stelle in die „Hetzlosungen“ einer weiteren „aufgebrachten Menschenmenge eingestimmt“. Am 17. Juni habe er dann „in provokatorischer Weise“ auf Menschen eingeschlagen und sich durch Steinwürfe auf die Fensterscheiben der o. g. Buchhandlung an deren Demolierung beteiligt. Weiter wurden ihm die Verteilung von „hetzerischen Flugblättern“ sowie die Anwerbung eines weiteren Mitverurteilten zur Last gelegt.

Nach Auffassung des Berliner Landgerichts diente das „erzstalinistische“ Urteil gegen Horst Hertel und die anderen Verurteilten der politischen Verfolgung und der Abschreckung. Es sollte ausdrücklich auch Signalwirkung für weitere „Terroristen, Saboteure und Agenten und deren schmutzige Helfershelfer“ haben. *A. R.*

***Fotos**: Horst Hertel als 17-Jähriger und heute (© privat)*

Vom Entstehen und Sterben eines Romans in der DDR

Und über das Leben und das schwere, aber bewundernswerte Schicksal von Erich Loest

Am 27. Mai 2014 hielt unser Kamerad Dr. Jörg Bernhard Bilke im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus einen von viel Mitgefühl und großer Sachkenntnis geprägten Vortrag über den Schriftsteller Erich Loest, der wegen seines fortgeschrittenen Krankheitszustandes im vorigen Jahr im Alter von 87 Jahren seinem Leben ein Ende gesetzt hatte, wobei Jörg Bilke zugleich auf sein eigenes Haftschicksal und seine jahrzehntelange freundschaftliche Verbindung mit Loest zurückkommen konnte.

Dass Erich Loest seit Jahren ziemlich krank war, das wusste man. Die sieben Zuchthausjahre in Bautzen 1957/64 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ hatten an seiner Gesundheit gezehrt, zwei Drittel seines Magens waren ihm im Lauf der Zeit herausgeschnitten worden. Die Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte häuften sich.

Noch in seinem vorletzten Roman „Sommergewitter“ von 2005 setzte er sich mit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 auseinander, der in der DDR-Literatur sonst als „konterrevolutionärer Putschversuch“ denunziert wurde.

Damals wusste ich noch nicht, dass es in Ostberlin, Halle, Leipzig eine „antistalinistische Opposition“ gegeben hatte, die über die Zukunft des Sozialismus und die Absetzung Walter Ulbrichts diskutiert hatte.

Ein halbes Jahrhundert später hat Erich Loest in seinem Buch „Prozesskosten“ (2007) seine Erinnerungen an das Jahr 1956 aufgeschrieben.

Im Herbst 1960 erfuhr ich von Gerhard Zwerenz und seinem Buch „Ärgernisse von der Maas bis an die Memel“. Dieses Buch eines DDR-Flüchtlings, wühlte mich auf, zumal dort mehrmals auch Erich Loest, Günter Zehm und Hans Mayer erwähnt wurden. Als Zwerenz erfuhr, dass ich im September zur Leipziger Buchmesse fahren wollte, meinte er: „Wenn Sie Annelies Loest besuchen, dann grüßen Sie von mir. Erich kann, wenn er entlassen wird, bei uns wohnen, ich habe auch einen Verlag für ihn. Wenn Sie aus Leipzig zurück sind in Mainz und genügend Material beisammen haben, dann sollten Sie einen Artikel über Erich Loest schreiben.“

Am 6. September 1961 fuhr ich mit meinem Motorrad nach Leipzig, am 9. wurde ich auf dem Karl-Marx-Platz verhaftet. Die Begründung des Haftrichters lautete: „Im Auftrag des Verräters Zwerenz suchte er die Frau des Konterrevolutionärs Loest auf.“ Am 22. Januar 1962 wurde ich vom Bezirksgericht Leipzig zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach mehreren Zwischenstationen traf ich am 2. September 1962 im Zuchthaus Waldheim ein. Ich wurde am 25. August 1964 aus dem Zuchthaus Waldheim freigekauft. Wir waren damals 800 DDR-Häftlinge, für die die Bundesregierung in Bonn 32 Millionen Westmark bezahlt hatte. Erich Loest wurde vier Wochen später, am 24. September, in die Oststraße 5 nach Leipzig entlassen. Es sollten noch 13 Jahre vergehen, bis wir uns gegenüber standen. Als ich im Herbst 1977 erfuhr, Erich Loest läse an der Universität in Osnabrück, war ich Redakteur bei der WELT in Bonn. Als ich dort den Saal betrat, lief die Lesung bereits. Es muss der Roman „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“ gewesen sein. Ein in jeder Beziehung, auch heute noch, aufregendes Buch über den Leipziger Werkzeugmacher Wolfgang Wülff, der sich aus Staatsverdrossenheit jedem politischen Anspruch verweigert, woran dann auch seine Ehe scheitert. Es ist ein wunderbares, mit DDR-Realität gesättigtes Buch, das 95.000 potenzielle DDR-Leser in den Buchhandlungen vorbestellten, das aber anfangs nur in einer Auflage von 9000 Exemplaren erschien, und 1979 nochmals mit 10.000 Exemplaren. 76.000 Leser gingen leer aus und versuchten dann, über Westverwandtschaft oder Freunde ein Exemplar der 1978 in Stuttgart erschienenen Westausgabe zu bekommen.

Ein beispielloser Vorgang: Über das Schicksal dieses Romans hat Erich Loest 1984, als er schon drei Jahre in Osnabrück lebte, ein Buch veröffentlicht „Der vierte Zensor. Vom Entstehen und Sterben eines Romans in der DDR“. Ein für die Geschichte der DDR-Literatur ungemein wichtiges Dokument, weil man hier den Weg eines Manuskripts vom Schreibtisch des Autors durch alle Zensurinstanzen bis zum Verkaufstisch in den Buchhandlungen nachverfolgen kann. Das Schicksal dieses Buches erfüllt den Leser noch nachträglich mit Zorn und Ingrimm. Hier sollte ein Autor, der bewiesen hatte, wie gut er schreiben konnte, aus machtpolitischen Gründen entwürdigt und niedergemacht werden. Es gibt nur wenige Zeugnisse über den erniedrigenden Umgang mit Literatur im SED-Staat.

Siegmar Faust hat mir 1976 in Lüneburg erzählt, wie er in der Papierfabrik von Heidenau, wohin er strafversetzt worden war, miterleben musste, wie aus Westpaketen beschlagnahmte Literatur, Romane von Heinrich Böll und Siegfried Lenz, zu Pappe verarbeitet wurde.

Aber zurück zu Erich Loests Dokumentation „Der vierte Zensor“. Die 1984 in Köln erschienene Ausgabe war auch ein Produkt der Zensur, der Selbstzensur des Autors, der noch zahlreiche Freunde in Leipzig und anderswo hatte, die es zu schützen galt. Hätte man sie gekannt, wären sie verhaftet und wegen „Sammlung von Nachrichten“ oder „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ vor Gericht gestellt worden. Die DDR hatte für jede Lebensäußerung ihrer Bürger Strafrechtsparagrafen. Kritik an DDR-Zuständen galt als „staatsfeindliche Hetze“ und wurde mit Zuchthaus bestraft.

Im Jahr 2003, als die Mauer längst gefallen war, erschien eine erweiterte Neuauflage des Buches „Der vierte Zensor“ mit neuem Untertitel „Es geht seinen Gang“.

Zurück nach Osnabrück: Nach seiner Lesung im Herbst 1977 sprach mich Erich Loest an: „Du bist also der Unglücksrabe, der 1961 nach Leipzig gefahren ist?“ Ein Jahr später, ich arbeitete inzwischen bei INTER NATIONES, der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, trafen wir uns in Bonn.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Anm.: *Der Beitrag (eigentlich ein Rede-Text) musste aufgrund seiner Länge und aus Platzgründen stark gekürzt werden. Er ist demnächst in vollem Umfang in der Web-Präsenz der VOS nachzulesen.*

Kein Wort des Bedauerns und der Entschuldigung für seine Opfer

Auch zwanzig Jahre nach seinem Tod bleibt Erich Honecker ein Fremdkörper in der Geschichte

Wer war Erich Honecker? Tatsächlich gibt es inzwischen Stimmen, die ihn für den Erfinder des „Ampelmännchens“ halten.

Ist das lustig? Keineswegs, Erich Honecker war der „Mit-Erfinder“ der Mauer und der Unterzeichner des Schießbefehls. Er hat geleugnet, dass es in der DDR politische Häftlinge gibt, obwohl sie da waren – in seinen Gefängnissen und Zuchthäusern.

Honecker ist inzwischen zwei Jahrzehnte tot. Er starb am 29. Mai 1994, nachdem man ihn seit dem Mauerfall im Herbst 1989 in einer Art umher gestoßen hatte, die man eigentlich niemandem wünscht. Und angesichts der Tatsache, dass man im Zuge der Volksaufbegehren in sämtlichen Ostblockstaaten den rumänischen Diktator Ceausescu kurzerhand erschossen hatte, konnte man Honeckers Angst vor einem ähnlichen Schicksal nicht mal unbegründet nennen.

Musste oder muss er einem also leidtun?

Die Antwort lautet eindeutig: nein. Nicht mal jene Leute, die bis heute (und übermorgen) derselben Ideologie verhaftet sind, erübrigen Mitleid für den gebürtigen Saarländer. Schon deshalb nicht, weil die Sozialismus-Gläubigen die Schuld an allem begangenen Unrecht auf ihn schieben können.

Gleich nach dem Mauerfall fing das Verdrängen und Rechtfertigen an, als man nach Ausflüchten suchte. „Unsere Führung hat alles falsch gemacht, unsere Führung hat uns verraten. Der Sozialismus war ja gut, aber *die da oben* haben alles versaut.“ Das hörte man 1989 von den alsbald zur PDS konvertierten Genossinnen und Genossen.

In der Tat, Honecker hat nach seinem klaftertiefen Fall alle Sozialisten seines Landes verraten, er hat keine Verantwortung für seine Regierungszeit und die Auswirkungen seiner Großmannssucht übernommen, er hat sich nicht, wie es einem geschassten Politiker nach fast zwanzigjähriger Alleinherrschaft angestanden hätte, vor den Block seiner Untertanen gestellt und erklärt: Ich war derjenige, durch den alles so gekommen ist. Er hätte es tun müssen, auch wenn natürlich viele andere mitverantwortlich, mitschuldig waren. Ein Feigling oberster Kategorie, dessen Uneinsichtigkeit und Egoismus dazu führten, dass schließlich Egon Krenz, der Jüngste unter den Alten aus dem Politbüro, nach langer Prozedere und sicherlich mit nur wenigen Qualen statt Honecker das Büßerkreuz übernahm und unter der Peinigung der zahllosen Blitzlichtkameras in den Freizeitknast marschierte.

Mit Phrasen wie Weltfrieden oder Lebensleistung mauerte Honecker nach dem Mauerfall seinen Kopf ein und bedauerte schließlich gar die Überwindung des unmittelbaren Stalinismus‘. Eine umfassende Aufarbeitung des DDR-Unrechts, bei der man hätte von oben nach unten juristisch und strafrechtlich durchgreifen können, ist demzufolge ausgeblieben. Und das ist Honecker ebenso anzulasten wie beispielsweise die Mauertoten und die politischen Häftlinge. So blieb es dabei, dass man sich kleine IM oder ein paar Mauerschützen herauspickte, um sie an den Pranger zu stellen, und nicht mal jene Leute belangte, die andere zur IM-Tätigkeit erpressten oder in den Regimentsstäben der NVA gefolgstreu und kompromisslos die Befehle für die Todesschüsse gaben.

Am schwerwiegendsten freilich ist Honeckers Verhalten gegenüber den Opfern seines Regimes. Er hat nicht ein Wort der Reue oder des Bedauerns verloren. Bis hin in seine jämmerliche Eigenbiografie zieht sich die Ignoranz und Missachtung jener Menschen, die nichts mit ihm und seinem Staat zu tun haben wollten. Ungeachtet der unterschiedlichen Betrachtungsweise auf Ausreiseanträge, Fluchtversuche und Regimekritiken ist nirgends eine menschliche Regung oder überhaupt die Wahrnehmung anderer Schicksale erfolgt. Ein Hohn, dass er das Zuchthaus Brandenburg um seiner selbst Willen zur Gedenkstätte machte und zugleich zu Hunderten anders Denkende und anders Wollende zusammen mit schwer Kriminellen dort einpferchen ließ. Und dann, als alles vorbei war, kroch er in der Art eines winselnden Hundes bei einem Pfarrer unter und beklagte sich wegen der Drohungen, die ihm gefolgt waren.

Mit Befremden sieht man inzwischen die Bilder vom Honecker-Besuch 1987 in der „BRD“: Führende westdeutsche Politiker stehen Schlange, um vor dem „Gefängnisdirektor“ (so wurde er damals von der demonstrierenden VOS- Abordnung tituliert) ihren Kratzfuß zu absolvieren.

Es mag wohl sein, dass der Tag nicht mehr fern ist, an dem man die DDR, egal wie sich die aufrichtigen Zeitzeugen um eine wahre Darstellung des begangenen Unrechts bemühen, endgültig zum guten, zum besten deutschen Staat aller Epochen geredet hat. So wird auch dann noch der Name Honecker ausgeklammert bleiben. Denn Freunde hat er sich nie gemacht. Die ihn umgaben, waren Speichellecker oder Duckmäuser, die ihren Unmut nach unten weitergaben, um in dem System nicht selbst zum Opfer zu werden. *B. Thonn*

Vor vierzig Jahren: der große Fußballsieg der DDR

Auch das bewegt die Gemüter heutigentags mehr, als es nötig wäre: Im einzigen offiziellen Turnierspiel zwischen der „BRD“ und der DDR schlug das Ost-Team den späteren Weltmeister um Beckenbauer und Co. durch das zur Legende gewordene Tor von Jürgen Sparwasser.

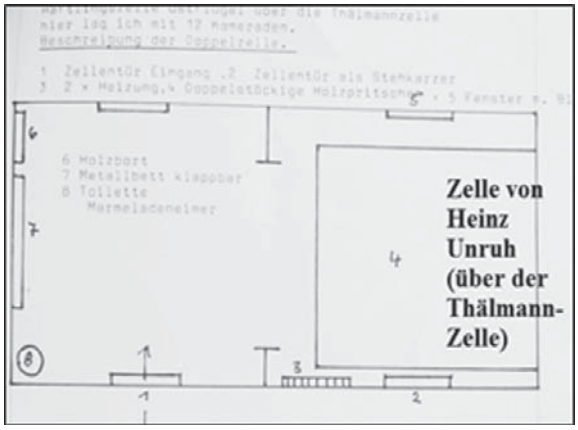
Anlässlich der in diesen Tagen in Brasilien stattfindenden WM und des genau vier Jahrzehnte zurückliegenden Datums sind die Bilder und Berichte erneut durch die Medien gegangen. Obwohl es jeder wusste, erfuhr man erneut, dass nur staatstreue „Fans“ nach Hamburg reisen und sich dort in DDR-typisch geordneter Gruppenformation bewegen durften.

Ein Schmankerl ist das Glückwunschtelegramm, das die Bauarbeiter der DDR anlässlich ihres Ehrentages an die DDR-Fußballer sandten: „Liebe Sportfreunde, wir übermitteln Euch anlässlich der Veranstaltung zu Ehren des Tages der Bauarbeiter die herzlichsten Grüße, wir sind mit den Herzen bei Euch und wünschen Euch viel Erfolg.“ (Zitat aus nd Pfingstausgabe 2014, Seite 12). *Valerie Bosse*

Das Erinnern war ihm bis zuletzt wichtig

Kamerad Heinz Unruh im Juni verstorben

Am 24. Juni 2014 verstarb für uns alle unfassbar unser Kamerad Heinz Unruh, der seit Langem mit großem Nachdruck und unermüdlicher Akribie dazu beigetragen hat, Geschichte am Leben zu halten und den Erinnerungen, so bitter und schmerzlich sie auch sein können, einen ganz tiefen Sinn zu geben. Eines seiner wesentlichen Podien war die VOS-Verbandszeitung Freiheitsglocke, in der Kamerad Unruh eine Vergangenheit ausbreitete, die zwar zeitlich um Jahrzehnte hinter ihm lag, die ihn aber so bewegte, als wäre sie erst vor wenigen Tagen zu Ende gegangen.



Jene Jahre im „Gelben Elend“ von Bautzen und in der „Roten Hölle“ in der Potsdamer Lindenstraße, wo er bei Vernehmungen und Arrest unglaublichen Qualen ausgesetzt war, ließen ihn nicht los, und sie waren es ihm trotz allen psychischen Drucks wert und wichtig, in Schrift und Dokumentation festgehalten zu werden.

Seit 2012 berichtete das Verbandsorgan der VOS über das persönliche Schicksal Heinz Unruhs. Selten wurden die Verhör- und Foltermethoden der sowjetischen „Befreier“ so detailliert und intensiv dargestellt wie sie hier geschildert sind. Und obwohl Heinz Unruh nunmehr von uns gegangen ist, wird die VOS bestrebt sein, das vorliegende umfassende Manuskript in weiteren Fortsetzungen und bearbeiteter Form abzudrucken. In seinen anderen Fg-Veröffentlichungen über das Lager Bautzen berichtete Kamerad Unruh über den Häftlingsaufstand von 1950, mit dem sich die Gefangenen aus ihrer Verzweiflung heraus gegen Misshandlungen und fehlende medizinische Versorgung zur Wehr setzten. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, es gab Misshandlungen und Schikanen. Ebenso erinnerte Heinz Unruh an den Jugendlichen Siegfried Minngram, der eigentlich aus der Haft hatte entlassen werden sollen, aber wegen seiner unheilbaren Krankheit im Lager verbleiben und dort qualvoll sterben musste.

Heinz Unruh war den Leidensgenossen in vielen Beziehungen großes Vorbild und Wegweiser. Selbst im hohen Alter hat er versucht, für all die zu sprechen, die ihre Stimme verloren hatten oder die aufgrund der grausamen Erlebnisse nicht mehr fähig waren, diese Stimme zu erheben. Er starb im gesegneten Alter von 91 Jahren, zurück bleibt seine Witwe Christine Unruh, mit der er 56 Jahre verheiratet war und die ihn in allem gestützt hat und der wir als VOS unser tiefes Mitgefühl und unseren Dank übermitteln. Heinz Unruh bleibt durch seine Schriften künftig in der Fg präsent, aber noch mehr bewahren wir die Erinnerung an ihn in unseren Herzen.

Bundesvorstand/ Redakteur

An die Wupper

Einen Tag vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft fand im westfälischen Wuppertal ein Ereignis statt, das nicht minder erstaunt als das Treffen der weltbesten Kicker, obwohl es nicht die Resonanz fand wie das Eröffnungsspiel von Rio de Janeiro.

Die Stadt Wuppertal erhielt ein Geschenk aus China. Das Geschenk war eine etwa vier Meter hohe und mehr als 900 kg schwere Statue von Friedrich Engels, dem Mitbegründer des theoretischen Kommunismus und großen Gönner von Karl Marx, welcher ohne die finanziellen Zuwendungen des Fabrikbesitzers ansonsten vielleicht verhungert wäre und er uns somit seine Schriften erspart hätte.

Engels, der in Wuppertal-Barmen geboren wurde und bereits durch ein nach ihm benanntes Haus in Wuppertal geehrt wird, gilt in China als bedeutender Theoretiker, egal dass weder er noch Marx ein Modell des heutigen chinesischen Staatsimperialismus’, der sich immer noch „Kommunismus“ nennt, jemals vorgedacht haben.

Ob Wuppertal realiter nicht lieber eine andere historische Größe als Sohn der Stadt gehabt hätte, mag dahingestellt bleiben. Fakt ist, dass allein schon das Engelshaus im Stadtteil Barmen häufig von chinesischen Touristen besucht wird. Nicht zuletzt auch pflegt die Stadt Partnerschaften mit den Städten Xinxiang und Dongguan, und so erhofft man sich neben einem noch besser als bisher funktionierenden Tourismusgeschäft auch zusätzliche Impulse in den Wirtschaftskontakten. Ein Geheimnis ist es wahrlich nicht, dass man China gegenüber gern auf Forderungen nach Menschenrechtseinhaltung verzichtet und lieber Geschäfte macht. *V.B.*

Wir trauern um

Viktor Roubal	**Bezirksgruppe Ulm**
Franz Mlynarczyk	**Bezirksgruppe Leipzig**
Wilfriede Weigel	**Bezirksgruppe Freiberg**
Anneliese Tschiersch	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Heinz Unruh	**Bezirksgruppe Hannover**
Michael Batsch	**Bezirksgruppe Berlin**
Manfred Berger	**Bezirksgruppe Halle**
Dieter von Dornis	**Bezirksgruppe Leipzig**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Die Ergebnisse liegen nun vor

Zahlen und Namen zur 30. Generalversammlung

Wie in der vorigen Fg-Ausgabe angekündigt, veröffentlicht die Fg als Nachtrag zur Generalversammlung vom 12. April 2014 die Ergebnisse der Wahlabstimmungen. Sie werden auf Grundlage des Protokolls aufgeführt, das inzwischen vorliegt. Ebenso ist – wie üblich – nach der GV eine aktuelle Satzung erarbeitet worden, die nach Bestätigung vom zuständigen Amtsgericht der Fg im Mittelteil eingefügt wird. Einige der bereits in der vorigen Ausgabe genannten Namen (z. B. Schiedsgericht) wurden in Fg 738/9 falsch übermittelt, da die Ergebnisse nicht schriftlich vorlagen.

Entlastung des bisherigen Bundesvorstandes

Noch während der Generalversammlung wurde über einen Antrag abgestimmt, ob der bisherige geschäftsführende Bundesvorstand insgesamt oder in Einzelabstimmung entlastet werden kann. Hier entschied sich die Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Einzelabstimmung, die anschließend folgendes Ergebnis brachte:

Kamerad Hugo Diederich: 57 Ja- u. 39 Gegenstimmen (bei 21 Enthaltungen).

Kameradin Krüger: 85 Ja- und 24 Gegenstimmen (bei acht Enthaltungen)

Kamerad Nemetz: 94 Ja- und 17 Gegenstimmen (sechs Enthaltungen). Damit war der bisherige Vorstand entlastet.

Wahl eines neuen Bundesvorstandes

Zur Wahl eines Bundesvorsitzenden der VOS stand nur ein Kandidat bereit. Dies war Rainer Wagner, der kürzlich in der Fg ausführlich vorgestellt worden ist. Rainer Wagner erhielt 102 Stimmen und wurde (ohne Gegenstimmen und bei 15 Enthaltungen) mit deutlicher Mehrheit gewählt.

Zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten den Kameraden Hugo Diederich, vormals erster Bundesvorsitzender. Er erhielt 78 Ja- und 7 Gegenstimmen (bei 24 Enthaltungen). Zweiter Stellvertreter und Schatzmeister ist Matthias Katze, der sich mit 67 Stimmen gegenüber Detlef von Dechend (46 Stimmen) durchsetzte.

Der Vollständigkeit halber seien auch die Beisitzer (im erweiterten Bundesvorstand) genannt: Andreas Herzog, Rainer Buchwald, Bärbel Große und Maybritt Krüger. Diese vier wurden einstimmig gewählt.

Die Bundesrechnungsprüfer sind laut Wahlergebnis Detlef von Dechend (58 Stimmen) und Christoph Becke (37 Stimmen). Das Schiedsgericht der VOS leitet nunmehr Harald Hemmerling (44 Stimmen), und zu seinem Stellvertreter wurde Martin Peschek (36 Stimmen) gewählt.

Dem Redaktionsbeirat der Freiheitsglocke gehören künftig Rosemarie Studera sowie Bärbel Große an. Für den im Januar 2014 verstorbenen Kameraden Stiehl wurde Andreas Herzog als neues Mitglied des Beirates benannt.

Versammlungsleiter der Generalversammlung war – wie bereits in der vorigen Ausgabe erwähnt – Peter Rubner, das Protokoll wurde von Roland Brückner geführt. Vorstand und Redakteur danken allen fleißigen Akteuren. *A.R.*

Erscheinungsmodus der Freiheitsglocke

(FG/AR) Auf seiner Vorstandssitzung im Mai 2014 hat der Bundesvorstand der VOS beschlossen, die Freiheitsglocke bis auf Weiteres im Zwei-Monats-Rhythmus erscheinen zu lassen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung ist die nach wie vor kritische Lage des Verbandes.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Herstellung: Satzherstellung Neymanns
Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de
Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder ab 2013**	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS
www.vos-ev.de

Ausgabe 742 erscheint im August/September 2014
Redaktionsschluss der FG 7**40/1:** 11. Juli 2014